


geht man am  
weihsonntag  
tee u. Kuchen?  
Restaurant  
tenhaus!

stärker Deideshei-  
rgottsacker Org-  
ein von der Win-  
ossenschaft.  
J. Bauz.

B. G.  
weihsonntag  
hengstett  
„Hirsch“

uspielhaus  
RZHEIM  
den 16. Oktober,  
hm. 3 1/2 Uhr  
ng zu volkstüm-  
eisen von 2,20 M.  
1,30 M., 90 und  
60 Pfennig  
ie große  
er-Operette  
ied der Liebe

S  
elongues  
öfte  
ragen  
ntröfste  
ner  
= und  
rbegefahrre  
= und  
erdichte  
en  
hinnenriemen  
rt billig  
Widmaier  
er- und  
iergeschäft  
Markt.

  
Zine  
Gesundheit gehd.  
bedingt eine regel-  
mässige  
an zu diesem Zweck  
ittel haben, an des  
er Körper nicht ge-  
minnt  
m besten ein reines  
rodukt, mit dem  
MOM  
leis gleichgute Wir-  
erzeilt. Sie tun be-  
um balfan  
Sie zu diesem Zweck  
in viel geloben  
Nator  
häftanweisel  
a. In Apotheken, Dro-  
und Reformhäusern  
zum Preise ab  
Pfennige erhältlich.  
1-Werk-München 13  
stimmt zu haben:  
Reformhaus  
iffer, Badstr.

eißtannen-  
Deckreis  
en oder lose (ca. 1500  
00 Bund)  
kaufen gesucht.  
berste Preisangabe er-  
unter  
h Seidenspinner  
artengefaltung  
gart, Botnangerstr. 73

arbeiten  
er Art fertigt  
ur Odermatt

**Erscheinungsweise:**  
Täglich mit Ausnahme  
der Sonn- und Festtage

**Anzeigenpreis:**  
a) im Anzeigenteil:  
die Zeile 20 Goldpfennige  
b) im Reklameteil:  
die Zeile 65 Goldpfennige

Auf Sammelanzeigen  
kommen 50% Zuschlag

Für Platzvorschriften  
kann keine Gewähr  
übernommen werden

**Gerichtsstand**  
für beide Teile ist Calw

# Calwer Tagblatt

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw

**Bezugspreis:**  
In der Stadt 35 Goldpfennige  
wöchentlich mit Trägerlohn  
Post-Bezugspreis 35 Gold-  
pfennige ohne Bestellgeld

Schluss der Anzeigen-  
annahme 8 Uhr vormittags

In Fällen höherer Gewalt  
besteht kein Anspruch auf Lieferung  
der Zeitung oder auf Rückzahlung  
des Bezugspreises

**Fernsprecher Nr. 9**

**Verantwortl. Schriftleitung:**  
Friedrich Hans Scheele  
Druck und Verlag  
der A. Oelschläger'schen  
Buchdruckerei

Nr. 243

Montag, den 17. Oktober 1932

Jahrgang 105

## Reichskanzler v. Papen in Westfalen

Reden vor der westdeutschen Wirtschaft in Paderborn und Dortmund über das Wirtschaftsprogramm

— Paderborn, 17. Okt. In seiner Rede, die Reichskanzler v. Papen am Sonntag vor den Vertretern der westfälischen Wirtschaft hielt, wies er mit Nachdruck darauf hin, daß die Wirtschaftspolitik der Reichsregierung zum vornehmsten Ziel habe, Arbeit und Brot zu schaffen und dem Wiederanstieg der Wirtschaft die Bahn freizumachen. Der Wirtschaftskampf, fuhr der Kanzler fort, ist ein wichtiger Teil unseres nationalen Freiheitskampfes. Das war der führende Gedanke im Wirtschaftsplan der Reichsregierung. Aber die Ueberwindung der Krise kommt nicht von selbst, sie verlangt jetzt ein rasches und wagemutiges Handeln. Die Staatsführung ist vorangegangen. Die Wirtschaftsführung hat diesen Vorstoß mutig aufgenommen und wird ihn nun hoffentlich immer weiter treiben. Der Kanzler betonte, daß alle vorgeschlagenen Maßnahmen eine Vorbedingung erfüllen müßten, die Arbeiten müßten produktiv sein, sie dürften Währung und Kredit nicht aufs Spiel setzen. Die bisherigen Wirtschaftsmaßnahmen der Reichsregierung sind Uebergangsmassnahmen für eine Zeit von 12 Monaten. Eine noch so große Ausweitung der öffentlichen Aufträge hätte für sich allein niemals ein solches Maß von Arbeit und zusätzlicher Gütererzeugung schaffen können, wie es zur wirksamen Bekämpfung der Arbeitslosigkeit erforderlich ist.

Es wäre ein Verbrechen, wollte man die deutsche Volkswirtschaft Experimenten ausliefern, die mit großer Wahrscheinlichkeit die Stille des Friedhofes an die Stelle des organischen Lebens gesetzt hätten. Auch die öffentliche Hand wird durch Erteilung von Aufträgen tatkräftig an der Wirtschaftsbelebung mitwirken. Diese Auftragserteilung soll sich, insbesondere auch soweit praktisch durchführbar, auf die mittleren und kleinen Betriebe erstrecken. Wir stehen erst am Anfang der von uns erstrebten Konsolidierung der Wirtschaft. Dennoch: Geschäftsbelebung und eine fähigere Entlastung des Arbeitsmarktes sind schon eingetreten. Da diese Besserung nur langsam eintreten kann, hat sich der Reichsfinanzminister schon jetzt entschlossen, die monatliche Ausschüttung für die Wohlfahrtskassen an die Gemeinden im Oktober von 50 auf 60, im November um weitere 5 Millionen zu erhöhen.

Nur die Aussicht auf eine friedliche Durchführung des Wirtschaftsplanes gibt der Reichsregierung auch die Möglichkeit, die Arbeitslosenunterstützung für den Winter sowie soziale Leistungen zu erhöhen. Das Reichskabinett hat die nötigen Beschlüsse gefaßt. Sie werden in den nächsten Tagen veröffentlicht werden. Es sei völlig falsche Darstellung der Tatsachen, wenn behauptet werde, die Reichsregierung hätte sich das Ermächtigungsgesetz geben lassen, um den in 60 Jahren errichteten Arbeiterschutz abzubauen. Ich habe oft und wiederholt erklärt, daß dieses Ermächtigungsgesetz ausschließlich vorsteht, den wirtschaftlichen Apparat der sozialen Einrichtungen der Armut und der heutigen Zeit anzupassen.

Der Reichskanzler kam dann auf die Kontingentierungspolitik zu sprechen, die er nochmals als Notmaßnahme bezeichnete. Ich bin der Ansicht, daß die augenblicklichen Schwierigkeiten mit dem Auslande bald überwunden sein werden. Je schneller unsere Verhandlungspartner einsehen, daß wir diese Maßnahmen nicht aus Schikane gegen ihre eigene Landwirtschaft ergreifen, sondern daß es sich hier um eine Notstandsmaßnahme für die Rettung der deutschen Landwirtschaft

handelt, um so schneller werden wir zu normalen Wirtschaftsbeziehungen zurückfinden.

Zur Frage der ausländischen Kredite sagte Herr v. Papen: Wenn es auch gelungen ist, binnen kurzer Zeit über 5 Milliarden Mark ausländisches Leihkapital zurückzuzahlen, ein Zeichen der ungebrochenen wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit Deutschlands, so ist ein abermaliger Abzug fremder Gelder doch gegenwärtig nicht möglich. Es könne erwartet werden, daß über das Befestigen des Stillhalteabkommens hinaus das Ausland die von ihm nach Deutschland geliehenen Gelder konfiszieren läßt. Wir werden ferner vor allem auf der Weltwirtschaftskonferenz darauf hinwirken, daß sich in den Gläubigerländern die Erkenntnis immer mehr durchringt, der Schuldner kann seine Verbindlichkeiten nur durch Zahlung in Waren erfüllen. Die Rückzahlung von Schulden zu verlangen und gleichzeitig die Grenzen gegenüber Waren zu verschließen, bedeutet den völligen Verzicht auf zwingende Gesetze wirtschaftlicher Logik.

Zur Außen- und Innenpolitik erklärte der Kanzler: Ueberflüge Zweifler halten der Durchführung anderer Pläne die beiden Unsicherheitsfaktoren der auswärtigen und der inneren Politik entgegen. Eine starke Staatsgewalt ist dazu da, daß sie die Unsicherheiten nach Möglichkeit beseitigt und daß sie dem Volke das Gefühl gibt: Wir gehen voran. Aus diesem Grunde haben wir den Kampf um Deutschlands Recht und Freiheit in der Welt aufnehmen müssen, denn niemals kann Europa zur Ruhe kommen, wenn Deutschland nicht die Grundrechte aller Völker gewährt werden.

Sie allein sichern die Grundlage des Friedens und führen zu jener moralischen Abrüstung, die man so vielfach predigt. Unser Ziel ist Abrüstung in ganz Europa und in der Welt, gleiches Recht und gleiche Sicherheit! Unser Ziel ist ein Zustand innerhalb Europas, in dem es keine Hegemonie und kein System politischer Bündnisse gibt, sondern wo die Völker in gegenseitiger Achtung ihrer staatlichen und individuellen Individualitäten, ihren Menschheitszielen nachstreben können. Wir wissen aber, daß wir dieses Ziel, das allein der Welt die politische und wirtschaftliche Stetigkeit geben wird, nur durch schärfste nationale Konzentration im Kampfe um unsere Gleichberechtigung und unsere Selbstbestimmung verwirklichen können.

Auch in der inneren Politik streben wir aus einem Zustande größter Instabilität und Unsicherheit dem Ziele zu, das dem deutschen Volke in Zukunft einen festen und gesicherten Boden zur Entfaltung seiner wirtschaftlichen und kulturellen Kräfte bereiten soll. Die Erkenntnis von der Notwendigkeit einer Reichsreform ist auf dem Marsche. Schon im gegenwärtigen Uebergangsstadium haben sich die Vorzüge einer engen Zusammenarbeit zwischen Reich und Preußen handgreiflich erwiesen. Selbstverständlich beabsichtigt die Reichsregierung nicht, da sie auf föderalistischem Boden steht, eine Reichsreform ohne die Erhaltung der Selbständigkeit der preussischen Willensbildung durchzuführen, auf welche auch die anderen Länder mit Recht Wert legen. Zum Schluß erklärte der Kanzler, daß nicht nur die „Anonymität der politischen Verantwortung“, sondern auch die „Anonymität der wirtschaftlichen Verantwortung“ beseitigt werden müsse. Die Reichsregierung sei es dem Volke schuldig, daß die heimlichen und unsichtbaren wirtschaftlichen Machtinflüsse durch sichtbare persönliche Verantwortlichkeiten ersetzt werden.

gekommen war, zu säubern, wurden die Beamten angegriffen und mußten von der Schutzwaffe Gebrauch machen. Es kam zu schweren Schieberereien, wobei 2 Personen darunter eine unbeteiligte Frau, getötet und 12 Personen mehr oder weniger schwer verletzt wurden. Unter den Verletzten befindet sich auch ein Polizeibeamter, der einen Kopfschuß erhielt.

### Die Stahlhelmführer an Hiler.

Die Bundesführer des Stahlhelms haben eine Stellungnahme zu den letzten Ereignissen in Hamburg veröffentlicht, in der es u. a. heißt: Unter dem erschütternden Eindruck der neuen Hamburger Opfer wenden wir uns nochmals an den verantwortlichen Führer Hiler, der, wenn er wollte, dem Blutvergießen ein Ende machen könnte. Nicht die einzelnen Mitglieder der NSDAP, sind die wahrhaft Schuldigen, sondern die Führer, Redner und Schriftleiter der NSDAP, die einen hemmungslosen und unverantwortlichen Dab gegen jeden predigen, der nicht ihrer politischen Ansicht ist. Sie trifft in erster Linie die volle Verantwortung für das täglich vergossene deutsche Blut und die schweren Leiden in den betroffenen deutschen Familien.

### Die politischen Zusammenstöße mehren sich wieder

II. Berlin, 17. Okt. Der allmählich auch in Berlin scharfer einsetzende Wahlkampf hatte im Laufe des Sonntag eine ganze Reihe politischer Zusammenstöße zur Folge, bei denen 3 Personen verletzt und 25 festgenommen wurden. Am Sonntag früh kam es in der Oldenburger Straße zu einer Schlägerei zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten, bei der auch Schüsse fielen. Ein Kommunist erhielt einen Steckschuß, ein Nationalsozialist trug einen Nasenbeinbruch davon.

In Leipzig kam es am Sonntag in der Kirchstraße zwischen Gästen eines Arbeiterheimes und vorübergehenden Nationalsozialisten zu einem Zusammenstoß, bei dem auch geschossen wurde. Drei Nationalsozialisten wurden schwer verletzt.

Am Sonntag kam es in Dortmund zu ersten Ausschreitungen, die mehrere Opfer forderten. Bei dem Versuch der Polizei, eine Straße, in der es zwischen nationalsozialistischen Flugblattverteilern und Kommunisten zu Unruhen

### Tages-Spiegel

Reichskanzler v. Papen verteidigte gestern in zwei Reden vor der westdeutschen Wirtschaft in Paderborn und Dortmund sein Wirtschaftsprogramm.

Aus Wirtschaftskreisen mehren sich die Warnungen gegen die geplante Kontingentierungspolitik. Auch Wirtschaftsminister Maier wandte sich am Sonntag in Bad Mergentheim gegen deren üble Folgen für Wirtschaftler.

Der frühere Reichstagspräsident Löbe richtet im „Vorwärts“ einen „Offenen Brief“ an Hindenburg, dem er die Frage vorlegt, ob er dem Reichskanzler wirklich die Aufgabe erteilt habe, „eine Kürzung und Zertrümmerung der Volksrechte in Deutschland vorzunehmen“.

Im Devisenkonflikt mit Italien ist jetzt eine Einigung erzielt worden. Der Zahlungsverkehr wird in aller Weise wieder aufgenommen.

Wie aus Rom verlautet, soll der französische Botschafter in Berlin Poncet nach Rom versetzt werden. Für den Berliner Posten wird der Madrider Botschafter Herbetz genannt.

In Stuttgart tagte der Landesverband zur Erforschung und Bekämpfung des Krebses. Es wurde festgestellt, daß die Zahl der statistisch erfassten Krebskranken in Württemberg gegenwärtig 3600 beträgt.

### Abschluß der Handelsbesprechungen mit Italien

Einigung über die Zahlungen im Handelsverkehr  
II. Rom, 17. Okt. In den Besprechungen der deutschen und italienischen Vertreter über die Frage der beiderseitigen Zahlungen im Handelsverkehr ist eine völlige Einigung erzielt worden. Danach können die Zahlungen von beiden Seiten am 17. Oktober in der Form wieder aufgenommen werden, in der sie bis zum 30. September erfolgten.

In der Kontingentfrage liegen die Dinge bedeutend schwieriger. Es muß betont werden, daß die deutsche Kontingentkommission nicht die Aufgabe hatte, einen Vertrag mit Italien abzuschließen. Sie selbst sollte vielmehr nur der italienischen Regierung die Absichten und Gründe der deutschen Kontingentpolitik darlegen. In einer Reihe von Fragen konnte über die Waren und das Verfahren eine gewisse Annäherung erzielt werden. Auch die Gegenleistung, die Deutschland zu bieten hat, konnten nur in großem Maße gestreift werden. Es dürfte sich hier hauptsächlich um die Abnahme größerer Mengen von italienischem Reis durch Deutschland handeln. Immerhin ergaben die Besprechungen Meinungsverschiedenheiten nicht leichter Art.

### Die Neuregelung der Völkerbundsleitung

Die Wahl des neuen Generalsekretärs.  
II. Genf, 17. Okt. Der Völkerbundsrat trat am Samstag zu einer geheimen Nacht Sitzung in den Privaträumen des Generalsekretärs zusammen, an der ausschließlich die 14 Ratsvertreter teilnahmen. Die ursprünglich vorgesehene Wahl des gegenwärtigen stellvertretenden Generalsekretärs Avenol zum Generalsekretär des Völkerbundes ist entgegen allen Erwartungen nicht erfolgt. Es wurde nur eine provisorische Einigung über die Kandidatur Avenols erzielt. Die provisorische Regelung erfolgte auf Vorschlag Deutschlands und Norwegens, die verfassungsmäßige Bedenken gegen eine sofortige Wahl geltend machten. Die Wahl soll heute formell vorgenommen werden.

Deutschland erhält die Finanz- und Wirtschaftsabteilung des Völkerbundes.

Generalsekretär Drummond machte in der Samstagabend-Sitzung des Haushaltsausschusses der Völkerbundsversammlung die Mitteilung, daß bei der neuen Einteilung der Arbeitsgebiete in Zukunft dem deutschen Untergeneralsekretär die Leitung der Finanz- und Wirtschaftsabteilung übertragen werden würde. Diese Zuweisung entspricht den deutschen Wünschen, daß der neue deutsche Untergeneralsekretär nicht wieder wie bisher die politisch bedeutungslose Abteilung für geistige Zusammenarbeit leitet, sondern mit der Führung einer maßgebenden Abteilung beauftragt wird. Die Leitung der Finanz- und Wirtschaftsabteilung wird dem deutschen Untergeneralsekretär die Möglichkeit geben, maßgebend an den gesamten finanziellen und wirtschaftspolitischen Verhandlungen des Völkerbundes mitzuwirken.



# Deutschlands Auslandsverschuldung

Von Dr. Carl von Lyska, Professor an der Universität Hamburg.

Einen starken Hemmschuh im Wiederaufstieg unserer Wirtschaft bildet die große Auslandsverschuldung unseres Vaterlandes. Da klare Erkenntnis stets die unbedingte Voraussetzung zur Ergreifung zweckdienlicher Maßnahmen ist, hat das Reich den Versuch einer umfassenden Erhebung sämtlicher bestehenden deutschen Auslandsschulden, und zwar nach dem Stande vom 29. Februar 1932, unternommen, deren Ergebnisse unlängst der Öffentlichkeit vorgelegt wurden. Danach beläuft sich die gesamte Schuldlast Deutschlands an das Ausland auf 20,8 Milliarden Mark, von denen 10,5 Milliarden langfristige und 10,1 Milliarden kurzfristige Kredite darstellen. Freilich ist mit dieser ungeheuren Summe immer noch nicht die gesamte Belastung Deutschlands durch Auslandsverbindlichkeiten erfasst. Es fehlen noch die Beteiligung des Auslandes an deutschen Unternehmungen, die Ueberfremdung des deutschen Grundbesitzes und die Summen der im Besitz von Ausländern befindlichen innerdeutschen Schuldverschreibungen. Der erste Posten (ausländische Beteiligung an deutschen Unternehmungen) wird vom Reich auf etwa 8 bis 8,5 Milliarden, der zweite (ausländischer Grundbesitz in Deutschland) auf etwa 2 Milliarden und der dritte Posten auf rund 400 Millionen geschätzt. Es ergibt sich somit eine Gesamtbelastung Deutschlands gegenüber dem Ausland von 25,6 bis 26 Milliarden, denen nur verhältnismäßig geringe Guthaben im Auslande gegenüberstehen.

Gliedert man die deutsche Kreditverschuldung — und zwar lediglich die oben erwähnten 20,8 Milliarden — nach deutschen Schuldengruppen an, so erhält man folgendes Bild: Den verhältnismäßig größten Teil bilden die Direktkredite an die Wirtschaft (Industrie, Handel, Verkehr, Landwirtschaft) nämlich 9,6 Milliarden; der größte Teil davon ist der Industrie, der kleinste der Landwirtschaft zugeflossen. An zweiter Stelle stehen die Banken mit 6,7 Milliarden, davon Reichsbank und Golddiskontbank mit rund einer Milliarde. Die öffentlichen Körperschaften sind mit 4,3 Milliarden belastet, wovon auf das Reich 3,1 Milliarden entfallen. Will man genauer zwischen privater und öffentlicher Wirtschaft aufteilen, so wird man die 5,7 Milliarden, welche die deutschen Kreditbanken aufgenommen haben, zu den privaten Auslandsschulden rechnen müssen, denn diese Banken haben ja in erster Linie als Kreditverleihenstellen gewirkt. Es stehen dann etwa 15,3 Milliarden privaten Auslandsschulden 5,3 Milliarden öffentlichen Auslandsschulden (einschließlich Reichsbank) gegenüber. Interessant erscheint auch eine Aufgliederung nach langfristigen und kurzfristigen Krediten, die insofern von Bedeutung ist, als die langfristigen Schulden, besonders die Anleihen, die weniger bedenklichen sind, da sie nicht nach Belieben abgerufen werden können. Dann zeigt sich, daß die Schulden der öffentlichen Körperschaften zum weit überwiegenden Teil — zu mehr als vier Fünfteln — langfristig, die Bankschulden dagegen umgekehrt fast ganz kurzfristig sind. Die Witte halten die Direktkredite an die Wirtschaft, von denen etwas mehr als die Hälfte langfristig sind. Die großen Schwierigkeiten, welche die Kurzkredite durch die Möglichkeit ihrer vorzeitigen Abrufung bereiten, ist erst durch das „deutsche Kreditabkommen von 1932“, das etwa die Hälfte der Kurzkredite unter das sogenannte „Stillhalteabkommen“ fallen ließ, beseitigt worden.

Wer waren die Gläubiger, die Deutschland diese Kredite gewährten? — Teilt man nach Ländern auf, so stehen weit aus an erster Stelle die Vereinigten Staaten von Amerika. Von den 20,8 Milliarden Gesamtschulden stammten über 40 vom Hundert, nämlich 8,4 Milliarden, aus diesem Lande, davon über die Hälfte, nämlich 5,2 Milliarden langfristige Anleihen und 3,2 Milliarden Kurzkredite. Die an zweiter Stelle stehenden Niederlande hatten Deutschland 3,6 Milliarden, davon 1,9 Milliarden Anleihen und 1,7 Milliarden Kurzkredite, gewährt. An dritter Stelle kommt die Schweiz, bei der bereits die Kurzkredite überwiegen: Von den 2,8 Milliarden Gesamtschulden sind 1,7 Milliarden Kurzkredite. Es folgt Großbritannien mit ebenfalls überwiegenden Kurzkrediten: insgesamt 2,4 Milliarden, davon 1,3 Milliarden kurzfristig. Frankreich steht mit 956 Millionen an fünfter Stelle, es folgen Schweden (330 Millionen), Belgien (rund 200 Millionen), Tschechoslowakei (175 Millionen), Italien (150 Millionen). Teilt man die ausländischen Gläubiger nach einerseits Banken, andererseits unmittelbaren Gläubigern die Direktkredite gegeben haben, so zeigt sich, daß durch Vermittlung ausländischer Banken nur 8,4 Milliarden oder etwa 40 v. H. der Gesamtschulden Deutschlands zugeflossen sind, von denen der weitaus größte Teil 7,1 Milliarden Kurzkredite waren. Dagegen stehen für rund 60 v. H. der Verschuldung der deutschen Wirtschaft ausländische Nichtbanken als Gläubiger gegenüber. Der größte Teil davon entfällt auf die auf dem freien internationalen Kapitalmarkt begebenen Anleihen.

Für die Gegenwart von größter Wichtigkeit ist die Feststellung der Höhe der Zins- und Tilgungsverpflichtung, mit der Deutschland belastet ist. Die Zinslast, die Deutschland gegenüber dem Ausland zu tragen hat, beläuft sich auf rund 1,23 Milliarden; diese Summe verteilt sich je etwa zur Hälfte auf Zinsen für ausländische Kurz- und Langkredite. Davon entfallen rund 560 Millionen auf die private Wirtschaft (Industrie, Handel, Verkehr, Landwirtschaft), 370 Millionen auf die Banken und etwa 270 Millionen auf die öffentlichen Körperschaften. Zu diesen Zinsbeträgen treten sodann als weitere Belastung die Verpflichtungen aus den Tilgungen, die mit etwa 480 Millionen anzusehen sind. So kommt man also zusammengefaßt für das „Stillhaltejahr 1932/33“ zu einer Summe von etwa 1,7 Milliarden, welche die deutsche Zahlungsbilanz belastet.

**Berücksichtigen Sie bei Ihren Einkäufen die Inferenten des Calwer Tagblattes!**

Durch diese Verpflichtungen wird das Bild der deutschen Zahlungsbilanz für das laufende Jahr bestimmt. Wirft man einen Blick auf die Zahlungsbilanz des Vorjahres, so erkennt man, daß Deutschland 1931 seine außergewöhnlich großen Zahlungen an das Ausland im Betrage von rund 5 Milliarden Mark nur durch Flüssigmachung eines großen Teils seiner Reserven leisten konnte, nämlich durch die außergewöhnliche Inanspruchnahme der Gold- und Devisenbestände der Reichsbank und andere ungewöhnliche Maßnahmen. Für das laufende Jahr stehen derartige Möglich-

keiten nicht mehr zur Verfügung. Deutschland ist daher zum Ausgleich seiner Zahlungsbilanz in erster Linie auf einen Leistungüberschuß, d. h. einen Aktivaaldo seiner Warenhandels- und Dienstleistungsbilanz angewiesen. Um die starke Anspannung der deutschen Zahlungsbilanz zu erleichtern, wird von deutscher Seite angestrebt, durch Vereinbarungen eine Herabsetzung der hohen Zinssätze für die deutsche kurzfristige Auslandsverschuldung zu erreichen. Auf der Londoner Stillhaltekonferenz im Juli 1932 stellte deshalb die Frage der Zinssenkung einen besonderen, wichtigen Verhandlungsgegenstand dar, und es wurde eine Senkung der Zinssätze für Kurzkredite um durchschnittlich etwa 1 v. H. erreicht.

## 50 Jahre Deutsche Kolonialgesellschaft



Als Auftakt zur 50-Jahrfeier der Deutschen Kolonialgesellschaft fand im Berliner Kolonialheim ein Begrüßungsabend statt, von dem unser Bild den Vorstandstisch zeigt. Von links nach rechts: Stellvertretender Präsident Staubinger,

Fürst zu Hohenlohe-Langenburg, der Präsident der Kolonialgesellschaft Dr. Schnee und der stellvertretende Präsident Gouverneur Sahle.

## 84 Millionen RM. Ausfuhrüberschuß im September

II. Berlin, 17. Okt. Die deutsche Handelsbilanz schließt im September mit einem Ausfuhrüberschuß von 84 Mill. RM. ab gegenüber 97 Mill. RM. im August. Dabei ist die Einfuhr gegenüber dem Vormonat um 29 Mill. Reichsmark auf 380 Mill. RM., die Ausfuhr um 16 Mill. Reichsmark auf 444 Mill. RM. gestiegen. Die Einfuhr verzeichnet sowohl mengen- als auch wertmäßig eine Zunahme um 8 1/2 v. H. Die Ausfuhr ist mengenmäßig um 7 1/2 v. H. wertmäßig jedoch nur um 3 1/2 v. H. gestiegen, da ihr durchschnittliches Preisniveau gegenüber dem Vormonat um weitere 3-4 v. H. gesunken ist.

Bei der Einfuhr entfallen auf die Steigerung 20 Millionen Reichsmark auf Rohstoffe. Das Preisniveau der Rohstoffe ist um 3 v. H. gestiegen. Bei einzelnen geht jedoch die Steigerung der Einfuhrdurchschnittswerte bedeutend über diesen Satz hinaus und erreicht schon 10-15 v. H. Bei der Ausfuhr entfällt der stärkste Anteil der Zunahme auf die Lebensmittel infolge einer um 7 Mill. RM. gestiegenen Weizenausfuhr. Die Fertigwareneinfuhr hat bei um 2 v. H. gesunkenen Durchschnittswerten um 6 Mill. RM. zugenommen. — Soweit es sich schon überblicken läßt, hat der Absatz nach den europäischen Ländern mit Ausnahme der Tschechoslowakei im allgemeinen zugenommen. Der Absatz nach Uebersee dagegen einen Rückgang erfahren.

## Neufassung des nationalsozialistischen Arbeitsbeschaffungsprogramms

— München, 16. Okt. In einer geschlossenen nationalsozialistischen Versammlung sprach Gottfried Feder über das neugefaßte nationalsozialistische Arbeitsbeschaffungsprogramm. Grundforderungen des Programms seien direkte Arbeitsbeschaffung für 2 Millionen Menschen auf Grund von Auftragserteilung für staatliche Investitionen im Ausmaß von 5 Milliarden Mark, Verstaatlichung des gesamten Geld- und Kreditwesens, Um- und Entschuldung der gesamten Wirtschaft durch Zentralisierung aller privaten und öffentlichen Schuldverhältnisse, „Bredung der Zinsnechtschaft“, Aenderung des Stillhalteabkommens und einheitliche Regelung der Auslandsschulden, Stärkung des Binnenmarktes, Wegfall der produktionshemmenden Steuern, Wiederherstellung des deutschen Staatskreditens durch Sanierung der öffentlichen Finanzen, staatliche Schutzmaßnahmen für die Landwirtschaft, Wiederaufbau des Haus- und Grundbesitzes und schließlich nationale Verkehrswirtschaft und Neuregelung der Tarife.

## Hitler und die Rüstungsindustrie

Das sozialdemokratische „Echo der Woche“ in Hamburg hatte am 24. Juli 1932 behauptet, daß die internationale Rüstungsindustrie die Hitler-Partei finanziell unterstütze. Gegen diese Behauptung hatte Hitler die Gerichte angerufen und beim Landgericht in Hamburg am 27. Juli eine einstweilige Verfügung erwirkt, wonach es dem „Echo der Woche“ verboten wurde, die Behauptung zu verbreiten, Hitler werde von der internationalen Rüstungsindustrie unterstützt. Gegen diese einstweilige Verfügung hatte das „Echo der Woche“ sofort Einspruch erhoben, worauf das Landgericht am 4. August Herrn Hitler auflegte, glaubhaft zu machen, daß er von der internationalen Rüstungsindustrie keine Gelder bezogen habe. Mit Tage später jedoch wurde auf Antrag Hitlers von derselben Kammer des Landgerichts dieser Beschluß umgestoßen und dafür dem „Echo der Woche“ auferlegt, die finanzielle Unterstützung

der internationalen Rüstungsindustrie an Hitler glaubhaft zu machen.

Auf Grund der vom „Echo der Woche“ vorgetragene Beweismittel hat das Landgericht Hamburg das durch einstweilige Verfügung ausgesprochene Verbot, die Behauptung zu verbreiten, Hitler werde von der internationalen Rüstungsindustrie unterstützt, aufgehoben.

## Wieder politische Zusammenstöße in Altona

Kommunisten halten Straßenbahnwagen an und mißhandeln nationalsozialistische Fahrgäste.  
II. Altona, 16. Okt. In der Bürgerstraße haben nachts etwa 40 Kommunisten einen Straßenbahnzug der Linie 30 angehalten und die Fahrgäste zum Aussteigen gezwungen. Einige aussteigende Nationalsozialisten wurden mißhandelt. Zwei von ihnen trugen Kopfverletzungen davon. Einer erhielt einen Messerstich in den Rücken. Beim Erscheinen der Polizei waren die Täter bereits geflüchtet. Kurz nach Mitternacht kam es Ecke Schuhmacherstraße und Schauenburgerstraße zu einer Schlägerei zwischen Angehörigen der NSDAP und der SPD. Ein Reichsbannermann erhielt außer leichten Verletzungen mit einem Schulterriemen einen Messerstich in den linken Oberarm.

## Politische Kurzmeldungen

Diese Woche sollen wichtige Aufgaben im Kabinett gelöst werden. Reichsbankpräsident Luther nimmt an den meisten Kabinettsitzungen teil. — Der Arbeitsbeschaffungsplan der Landgemeinden, der sogenannte Berekeplan, hat zwar im Reichskabinett die tatkräftige Unterstützung des Reichswehrministers gefunden, ist aber infolge des Widerspruches des Reichswirtschaftsministers und des Reichsbankpräsidenten zurückgestellt worden, obwohl Hindenburg sich sehr für ihn eingesetzt hatte. Der Plan dürfte vermutlich nur zur Hälfte durchgeführt werden. — Der neue Reichstag, der am 6. November gewählt werden soll, wird voraussichtlich am Dienstag, den 6. Dezember, seine erste Sitzung abhalten. Nach den gesetzlichen Bestimmungen muß der Zusammentritt spätestens 30 Tage nach der Wahl erfolgen. — Der Alterspräsident des preussischen Landtages, General Vismann, ist von den Nationalsozialisten im Wahlkreis Frankfurt-O.-Grenzmark als Spitzenkandidat zur Reichstagswahl aufgestellt worden. Die Aufstellung hat den Zweck, zu verhindern, daß Maria Zeitlin nicht neuerdings als Alterspräsidentin den Reichstag eröffnet. General Vismann ist 80 Jahre alt. — In den letzten Monaten ist die Papierholzeinfuhr aus Rußland außerordentlich stark gestiegen, obwohl große Mengen deutscher Herkunft von den Verbrauchern nicht abgenommen werden. Wir führten im Juni 660 111 Doppelzentner, im Juli 1 019 004 Doppelzentner und im August 1 176 905 Doppelzentner Papierholz aus Rußland ein. — In letzter Zeit macht sich wiederum eine verstärkte französische Propaganda für den Gedanken einer Internationalisierung der Zivilluftfahrt bemerkbar. Deutschland kann dem Plan einer Internationalisierung der Zivilluftfahrt erst dann näher treten, wenn die Militärluftfahrt der anderen Länder restlos beseitigt ist. — Die italienische Regierung hat ihren Botschafter in London angewiesen, sich an Macdonald zu wenden und ihn zu erjuchen, seinen Einfluß auf Sir Eric Drummond, den Generalsekretär des Völkerbundes, dahin geltend zu machen, daß dieser noch 1 oder 2 Jahre im Amte verbleibe. — Unter Beteiligung von über 100 000 Menschen fand in Belfast (Nordirland) das Begräbnis des Mannes statt, der während der großen Unruhen erschossen worden war. Sofort nach Beendigung des Begräbnisses verhaftete die Polizei den 75-jährigen kommunistischen Führer Tom Mann und schob ihn nach London ab.



# Die Einführung des gregorianischen Kalenders

Zum 350. Erinnerungstage.

Von Erich Halle.

Wenn wir heute so beschaulich in den Tag hineinleben, die Jahreszeiten anfangen, ohne das darauf bezügliche Wetter abzuwarten, schon nach den Pfingsttagen damit beginnen, uns auf die Günstbezeugungen der Weihnachtszeit zu freuen und gleich nach dieser dem österlichen Feste entgegenzusehen, so erscheint uns das alles sehr einfach und selbstverständlich. Es kommt uns kaum zum Bewußtsein, sofern es nicht zu unserm sachmännischen Aufgabenkreise gehört, daß unseres Lebenslauf in seiner Zeitrechnung auf den Gang unseres Planeten um die Sonne und das, was damit zusammenhängt, eingestellt ist, daß es manche Mühe und manches wissenschaftliche Sinnen gelostet hat, ehe die Einteilung unseres Jahres in Monate und Tage, Stunden und Minuten mit dem Tatsächlichen in Einklang gebracht war. Ober vielmehr fast übereinstimmte, denn auch heute noch laufen wir Gefahr, hinter der Zeit — das heißt dem Stande der Sonne — zurückzubleiben, und zwar unter Zugrundelegung des für uns gültigen gregorianischen Kalenders alle 400 Jahre um 2 Stunden, 41 Minuten und 16,36 Sekunden oder um einen ganzen Tag in der bescheidenen Zeit von 3871,6 Jahren.

Der ersten Zeiteinteilung legte man die Erscheinungsformen oder Phasen des Mondes zugrunde, bestimmte also die Monate und darauf aufbauend die Jahre. Die entsetzlichen Ungenauigkeiten ließen den Vertretern der astronomischen Wissenschaft, die naturgemäß mit zu den ältesten Weisheiten der Erdbeböhner überhaupt zählt, keine Ruhe, sie strebten nach genaueren Feststellungen. Dabei stützten sich die Ägypter bei ihrer Zeitbestimmung auf den damals „feststehenden“ Lauf der Sonne um die Erde, die Araber richteten sich nach dem Stande des Mondes, und die Griechen widmeten beiden Gestirnen in diesem Zusammenhange größte Aufmerksamkeit, bis anscheinend Solon in wechselnde Verfügungen über die Anpassung der Berechnungen an die Wirklichkeit eine gewisse Ordnung gebracht hat.

Die Grundlage unseres Kalenders stammt bekanntlich von den Römern, die anfangs auch nach Mondjahren zählten und die Untersiede, die hierbei in die Erscheinung traten, durch Ausgleiche beiseitigten. Aus der Bezeichnung ihres Monatsjahres — calendae — entwickelte sich der Name Kalender, dessen Schöpfer Julius Cäsar ist, dem es auffiel, daß die Zeitrechnung mit dem Stande der Sonne keineswegs mehr übereinstimmte. Wie Wallenstein später seinen Sternkundigen Seni, so hatte der Römer seinen Sotigenes aus Alexandria und seinen Flavius aus Rom, die er mit der Wiedereinrichtung in den wahren Gang der Ereignisse beauftragte. So entstand als Vorläufer des gregorianischen der julianische Kalender, nach dem ein Jahr 365 Tage und 6 Stunden zählte, so daß jedes vierte Jahr als Schaltjahr ausgleichend auf 366 Tage angesehen wurde. Die Einführung erfolgte in dem schon durch eine Reihe von Schalttagen gestreckten Jahre 708 nach der Gründung Roms, also im Jahre 46 vor Christi Geburt, und dieses erste julianische Jahr dürfte mit 445 Tagen, die durch die Einführung von zwei Sondermonaten mit insgesamt 67 Schalttagen zu den übrigen verteilten Schalttagen erreicht wurden, wohl das längste bisher auf Erden gezählte „Jahr“ sein. Das julianische Jahr galt im Römischen Reich bis zu dessen Untergang, es gilt heute noch in der griechisch-orthodoxen Kirche, während Rußland vor einigen Jahren sich unserer Zeitrechnung anpaßte.

Diese wurde durch Papst Gregor XIII. ins Leben gerufen und führt nach ihm ihren Namen. Er beauftragte den sternkundigen Arzt Aloys Bili zu Verona 1583 mit der Neuberechnung der wirklichen Zeit. Denn man hatte inzwischen festgestellt, daß ein tropisches Jahr nicht nach Cäsar 365 Tage und 6 Stunden, sondern nur 365 Tage, 5 Stunden, 48 Minuten und 47,8091 Sekunden zählte. So erhielt man für die Einfügung eines Schalttages alle 4 Jahre 44 Minuten, 48,7636 Sekunden zwiefel, was in 400 Jahren schon 3 Tage, 2 Stunden, 41 Minuten und 16,36 Sekunden ausmacht, so daß man zu Gregors Zeit 10 Tage hinter der Sonne zurückgeblieben war, 13 Tage sind es bekanntlich seit 1800 bei den Berechnungen nach altem Stil. Der Ausgleich wurde dadurch erzielt, daß jedes „Hundertjahr“, dessen Hundertzahl nicht durch 4 teilbar ist, als Schaltjahr ausfällt. So geschah es 1700, 1800 und 1900. Dagegen war 1600 Schaltjahr, und 2000 wird wieder ein solches sein. Der Uebergang wurde durch eine päpstliche Bulle so durchgeführt, daß mit Abschluß des 4. Oktober alten Stils 1582 jeder Mensch die 10 folgenden Tage wenigstens kalendernäßig aus seinem Leben zu streichen und seinen irdischen Wandel mit dem 15. Oktober neuen Stils fortzusetzen hatte.

Der gregorianische Kalender wurde an diesem Tage des Jahres 1582 in Italien, Spanien und Portugal eingeführt, im Dezember in Frankreich, im Jahre 1583 in Deutschland, der Schweiz und den Niederlanden, soweit diese Gebiete katholisch waren, 1586 in Polen, 1587 in Ungarn. Erst 1699 nahm das evangelische Deutschland den verbesserten Kalender an und führte ihn in der Form ein, daß sich dem 18. Februar 1700 der 1. März unmittelbar anschloß. Zugleich wurde er in Dänemark und den protestantischen Niederlanden eingeführt, 1701 in den evangelischen Kantonen der Schweiz. Der Siegeszug endete damals 1752 in England und 1753 in Schweden. Diese verschiedenartigen Geburtsstunden zeitigen übrigens öfter in unseren Tagen noch einen gewissen Wirrwarr. So erinnerte im vorigen Jahre der wesentlichste Teil der Presse an den 10. Mai als den Tag der Zerstörung Magdeburgs im Jahre 1631, während es in Wirklichkeit mit unserer Umrechnung gehalten werden muß, also der 20. Mai in Betracht kommt. In diesen Tagen spult wieder der 6. November als Todestag des Königs Gustav Adolf von Schweden, wohingegen er tatsächlich am 16. November 1632 bei Lützen sein Leben ließ. Und selbst der Chronist, der Anlaß zu dieser Abhandlung gab, verzeichnet den 5. Oktober als Tag der Einführung des gregorianischen Kalenders, während nach unserer Zeitrechnung natürlich nur das Datum des neuen Stils, also der 15. Oktober, gelten kann. Es ist eben nicht alles, selbst alltäglich Benutztes, immer so einfach, und tatsächlich haben sich schon Leute den Kopf darüber zerbrochen, ob es ratsam ist, alle 4000 — lies viertausend — Jahre einen besonderen Schalttag ausfallen zu lassen, um den alle 3871,6 Jahre erscheinenden Tag des Rückstandes auszugleichen! Wir meinen, infolge anderer Vorfälle diese Frage droht unseren Ururur... entfallen überlassen zu können.

## Kurznachrichten aus aller Welt

Beim Auswechseln einer kleinen Eisenbahnbrücke der Söllentalbahn zwischen Titisee und Holzlebrunn stürzte aus noch ungeklärter Ursache der neue Brückenbau aus Eisen ein, wodurch der Zugverkehr eine längere Unterbrechung erfuhr. Glücklicherweise kamen Menschenleben nicht zu Schaden. — Die Stadtverwaltung Wattenscheid konnte die fälligen Wohlfahrtsunterstützungen nicht voll auszahlen, da es an

Mitteln fehlte. Man hofft jedoch, die Restbeträge nachzahlen zu können. — Der Schwager des Gouverneurs der Provinz Savanna, Adolfo Meza, ist einem politischen Anschlag zum Opfer gefallen. Er wurde in der Stadt Melena del Sur von politischen Gegnern überfallen und erschossen. Meza ist in kurzer Zeit das sechste Todesopfer der politischen Anschläge auf Kuba. — Die Henschredensplage in Argentinien hat geradezu riesigen Umfang angenommen. Seit drei Tagen kommen dicke Schwärme aus den Nordprovinzen, die die Hauptstadt bereits erreicht haben. Die Landwirtschaft ist schwer betroffen. Nach amtlicher Schätzung sind 700 000 Hektar Weizen und Weizen vernichtet.

## Württembergischer Landtag

Bei den Verhandlungen des Landtags am Samstag kam die größte Bedeutung den Abstimmungen zu. Die Mehrheit der zu den Notverordnungen des Staatsministeriums gestellten Anträge zur Sicherung des Haushalts von Staat und Gemeinde wurde angenommen. Das überaus schwierige Abstimmungs geschäft verzögerte sich und wurde immer wieder unterbrochen durch Geschäftsordnungsdebatten, wobei man sich über die Reihenfolge der Abstimmungen stritt. Zur Annahme gelangte vor allem der sozialdemokratische Antrag, der die 5., 6., 7. und 8. Notverordnung des Württ. Staatsministeriums als eine Brückensicherung des Landtags bezeichnet und das Staatsministerium auffordert, diese Notverordnungen wieder aufzuheben. Die gesetzgeberischen Fragen, um die es sich da handelt (Schlichtsteuer und 8. Schuljahr), sollen alsdann von der Regierung zusammen mit dem Landtag genehmigt werden, dem entsprechende Vorlagen zu unterbreiten seien. Für diesen sozialdemokratischen Antrag stimmten außer den Antragstellern auch die Kommunisten, die Nationalsozialisten und der Christliche Volksdienst. Stimmenthaltungen übten die Demokraten. Es darf hier bemerkt werden, daß nach der Erklärung des Kultministers Dr. Vazille bei den vorangegangenen Beratungen die Regierung die Auffassung vertritt, daß der Landtag kein Recht habe, die Notverordnungen aufzuheben, welche auf den vom Reichspräsidenten erlassenen Notverordnungen beruhen. Nach Annahme des Antrags der Sozialdemokraten entspann sich eine sehr lebhaft Debatten darüber, ob nunmehr auch über die weiteren Anträge, die sich gegen die Notverordnungen richten, abgestimmt werden soll. Es lag u. a. auch ein nationalsozialistischer Antrag vor, der einen ähnlichen Inhalt hatte, wie derjenige der Sozialdemokraten. Es wurde darin die Ausschaltung des Landtags durch die Staatsregierung bei der Deckung des Fehlbetrags im Staatshaushalt usw. mißbilligt und beantragt, der Landtag wolle beschließen, das Staatsministerium zu ersuchen, die Notverordnungen vom 24. September unverzüglich zurückzuziehen, usw. Dieser Antrag, den ein großer Teil des Landtags als überholt ansah, wurde abgelehnt. Angenommen wurde dagegen ein Antrag von (3.), wonach von der Fleischsteuer die Haus- und Notzuschläge ausgenommen werden sollen; ferner gelangten zur Annahme Anträge, die sich dagegen richten, daß die Fleischsteuer zum Anlaß ungerechtfertigten Gewinns gemacht werde und daß der Landtag einen Sonderausschuß zur Prüfung weiterer Sparmöglichkeiten im Staatshaushalt einsetzen soll. In zweiter Lesung erledigt wurde am Samstag auch der Gesetzentwurf betr. Fiktalsteuer, worauf man nach fünfstündigen Verhandlungen auch noch den ganzen Komplex von Wohnungsfragen (anlässlich der Behandlung der Eingaben der Neubausbesitzer) in Angriff nehmen wollte. Dagegen lehnte man sich auf verschiedenen Seiten mit scharfem Einspruch auf; es wurde hin und her debattiert, ob man nicht doch gleich weitermachen oder auch nächste Woche tagen sollte. Auch wurde vorgeschlagen, erst nach den Reichstagswahlen wieder zusammenzukommen. Schließlich gelangte zur Annahme ein kommunistischer Antrag: Die nächste Sitzung am Dienstag nachmittag abzuhalten. In dieser Sitzung wird zuerst die Frage von Hilfsmaßnahmen für die Neubausbesitzer zur Beratung stehen.

## Aus Württemberg

Vom Bund für Heimatschutz

Auf der diesjährigen Hauptversammlung des Bundes für Heimatschutz in Württemberg und Hohenzollern in Crailsheim wurde aus Anlaß von besonderen Fällen der letzten Zeit (u. a. in Schwab. Hall) Klage darüber geführt, daß die Allgemeinheit und die Heimatschutzstellen, die ihre Belange zu vertreten haben, bei schwerwiegenden Bauvorhaben viel zu spät unterrichtet, ja sogar vor vollendete Tatsachen gestellt werden, so daß die Möglichkeit, die Forderungen des Natur- und Heimatschutzes rechtzeitig geltend zu machen und in gemeinsamer Beratung befriedigende Lösungen suchen zu können, hinfällig wird. Die Mitgliederversammlung des Bundes für Heimatschutz richtet an alle hierfür zuständigen Stellen die dringende Bitte, dafür zu sorgen, daß künftig derartige Fälle nicht mehr vorkommen. Vor allem wird von staatlichen Ämtern erwartet, daß sie in der Schonung von Natur- und Stadtbildern mit gutem Beispiel vorangehen und die dazu gegebenen Bestimmungen unter allen Umständen einhalten.

## Aus Stadt und Land

Calw, den 17. Oktober 1932.

Der Kirchweihsonntag.

Gestern war Kirche im Lande. Der graue, stürmische Herbsttag, zum Feiern in warm-geborener Häuslichkeit eben recht, hat, soweit die drückende Not in Stadt und Land es zuließ, manchen feierlichen Schmaus und Tanz gesehen. Kirche ist halt nur einmal im Jahr, deshalb geht es dabei gern hoch her. Nach den arbeitsreichen Erntewochen feiert sich gut, wenn Scheuern und Kammern gefüllt sind. Meßsuppe und Kirchbesuchen beherrschen den Tag der Fröhlichkeit; so war's auch gestern. Viele Stadtbewohner hatten sich zur Kirchfeier in die nahen Landorte begeben; trotz der rauhen Herbstwinde sah man auf den Straßen in Gän und Wald die Kirchbesucher den Dirschaften zutreiben. Es ist nicht mehr wie in

früherer Zeit, wo man das Kirchweihfest über ein paar Tage ausdehnte und nicht immer zu Unrecht von einer „Fest-, Sauf- oder Saufirbe“ sprach. Heute ist die Kirche am Montag endgültig aus, und der Alltag mit seinen Anforderungen und Sorgen hat uns wieder.

Veränderungen beim Arbeitsamt Nagold.

Für die Wintermonate, die erfahrungsgemäß gerade beim Arbeitsamt Nagold für die Arbeitslosenversicherung größere Schwierigkeiten bringen, soll Gerichtsassessor Schmidt, der bisher den Posten des nach Stuttgart einberufenen Regierungsrat Dr. Stahleder vertretungsweise versah, wieder die Leitung der Versicherungsabteilung übernehmen. Voraussetzungen sind über diese Zeit Regierungsrat Dr. Klausner vom Landesarbeitsamt die Stelle des 1. Vorsitzenden wahrnehmen.

Vortrag in der freien volkskirchlichen Vereinigung.

Letzten Freitag sprach im Bachaal des ev. Vereinshauses in der Reihe der Vorträge dieses Winters Studientrat Dr. Dr. Neßle (Ulm) über das Thema: „Wie das Neue Testament zu uns gekommen ist“. Uebers besondere Tat war es gewesen, daß er das Neue Testament direkt aus der Ursprache, dem Griechischen, und nicht aus der lateinischen Uebersetzung ins Deutsche übertragen hatte. Wohlgerührt: aus der Ursprache, nicht dem Urtext. Der Text stammte nämlich von Erasmus her, der 1519 sehr schnell und ungenau einen griechischen Bibeltext zusammenstellte. Wenn wir nun den reinen, ursprünglichen Text wieder erhalten wollen, so müssen wir uns erst nach den Quellen umsehen, aus denen wir schöpfen können. Dies sind die griechischen Handschriften, die sich bei den Kirchenschriftstellern finden. Ueber zweieinhalb Tausend griechischer Handschriften sind bekannt, nur 170 davon enthalten alles, und nur etwa ein Duzend geht in die älteste Zeit zurück. Originalhandschriften, also etwa die Briefe des Paulus, sind nicht auf uns gekommen. Man muß ja auch bedenken, daß die ersten Kirchengemeinden arm waren und keine großen Pergamentbände herstellen konnten, außerdem wurde durch die Christenverfolgungen viel Material vernichtet. Immerhin besitzen wir Schriften, die bis 250 n. Chr. zurückreichen. Auch in andere Sprachen, ins Lateinische und Syrische z. B., wurde das Neue Testament sehr frühzeitig, vielleicht bereits um 180, überetzt. Von diesen alten Kirchenchriftstellern wurden die einzelnen Bibelstellen meist recht frei zitiert, da das Neue Testament eben damals nur ein Bericht, keine „Heilige Schrift“ war. So trennte z. B. Marcion, der aus Hinterkleinasiens stammt, im zweiten Jahrhundert alles Alttestamentliche vom Neuen Testament. Nichts vom alten Judengott sollte mehr übernommen werden, so mag Marcion als der erste Antisemit gelten. Von Kirchenbüchern sind etwa 1500 Exemplare bekannt. Dabei mag auch manches geändert worden sein. Ungeheure Mühe bereitet es dem Forscher, die alten Texte zu entziffern und zu deuten. So wurde später bisweilen der ursprüngliche Text vom Pergament weggewischt und Neues darauf geschrieben. Nun gilt es, den alten, vermischten Text unter dem neuen zu entziffern. Schon Joh. Alb. Bengel bemühte sich, einen besseren Text als den des Erasmus zu finden. Später wurde von Tischendorf u. a. intensive Kleinarbeit geleistet. Dabei zeigte sich, daß rund sieben Achtel des Neuen Testaments überall gleich lauten, also ganz klar sind. Mag auch manche Stelle als verändert oder später hinzugekommen erkannt werden, viel geändert wird an dem Neuen Testament sicher nicht mehr werden. Das Suchen nach dem ursprünglichen Text zwingt uns aber, immer tiefer in den Geist und Sinn der Schrift zu dringen und bewahrt uns vor dem „papierernen Papst“. In der anschließenden Ansprache wurde noch manche Frage geklärt, worauf Pfarrer Schüle dem Redner nochmals herzlich für seine interessanten Ausführungen dankte.

Vortragsabend im städt. Hausfrauenverein Calw

Auf Einladung des städt. Hausfrauenvereins Calw sprach letzte Woche Frau Dr. Laver im Weichischen Saal über „deutsche Tuche“. Die Vortragende wies darauf hin, daß gerade in Calw die Tuchmacherei schon früh (um 1600) eine große Rolle gespielt habe. Damals schon sei in der Calwer Tuchindustrie in 4 Jahr der gesamte Schafwolleertrag des Landes Württemberg verarbeitet worden. Die Schafzucht habe man nach dem 30jährigen Krieg in Deutschland stark betrieben, und auch Friedrich der Große förderte sie, indem er Schafe aus Spanien kommen ließ. Frau Dr. Laver schilderte dann in anschaulicher Weise die Entstehung des Tuches von der Zeit ab, wo die Tuchherstellung Angelegenheit der Frau war, wo die tanzende Handspindel und das Spinnrad noch regierten. Behandlung und Reinigung der Wolle widmete die Vortragende hierbei eingehende Ausführungen, wobei die Mittelung Staunen erregte, daß man von 3 Pfund Wolle einen Faden spinnen könne, der die Länge der Eisenbahnstrecke Calw—Stuttgart habe. Sodann kam Frau Laver auf die verschiedenen Webarten und Bindungen (Reinen, Atlas und Rippsbindungen) zu sprechen. Die Vorführung diverser Muster erläuterte anschaulich das gesprochene Wort. Das frühere Ansehen der deutschen Tuche, so bemerkte die Vortragende, habe durch die Kriegsqualitäten stark gelitten, heute sei aber deutsche Arbeit wieder maßgebend. Viele sog. „englische Stoffe“ seien deutsche Erzeugnisse, z. B. „Marango“, eine hervorragende deutsche Qualität könne in England überhaupt nicht hergestellt werden. Sie betonte deshalb besonders, daß beim Einkauf auch erstklassiger Ware immer noch deutscher Ware gefragt werden solle. Das alte Sprichwort „von weit her“ (als Lob) und „nicht weit her“ (als Tadel) habe durchaus nicht immer Berechtigung. Die leider nicht sehr zahlreich erschienenen Frauen folgten dem vortrefflichen Vortrag mit großem Interesse. Frau Bürgermeister Göhner dankte Frau Dr. Laver namens des Vereins mit herzlichen Worten und schloß den anregend verlaufenen Abend.

Wetter für Dienstag und Mittwoch

Von Westen her macht sich Hochdruck geltend, während sich über Skandinavien noch eine ausgebreitete Depression befindet. Unter diesen Umständen ist für Dienstag und Mittwoch zwar zeitweilig aufheiterndes, aber im großen ganzen immer noch unbeständiges Wetter zu erwarten.



**Aus den Parteien.**

Man schreibt uns: Der zweite jungdemokratische Werbeabend, der am Samstag stattfand, war etwas stärker besucht als der erste. Bei der Behandlung des Themas „Die nationalsozialistische Presse und die Wahrheit“ ging Herr Kurz von ein paar allgemeiner bekannten Fällen aus, in denen die nationalsozialistische Presse von der Wahrheit abgewichen ist, so dem „Fall Jenke“, in dem die Wahrheit erst in einer sogenannten „Aufgabenachricht“ enthalten war, zu deren Veröffentlichung die nationalsozialistische Presse von der Regierung gezwungen wurde, und der Ermordung Pietruch in Potempa, die heute noch als bei einer „Schlägerei“ erfolgt bezeichnet wird, obwohl der Ermordete im Schlaf aus dem Bett gezerrt worden ist, und schließlich einem ein Jahr zurückliegenden Fall im „N.S.-Kurier“, der damals schon von H. Kurz der Öffentlichkeit unterbreitet wurde, was ihm heftige Beschimpfungen von Seiten der betroffenen Zeitung einbrachte, die er nun wieder zum besten gab. Dann zeigte er die verschiedenen Arten mangelnder Wahrheitsliebe und Methoden der Irreführung je an einer Reihe von Beispielen: zunächst die Verdrehungen, die etwa aus einem Unglücksfall ein Attentat machen oder umgekehrt, dann die Gegenmeldungen, die unangenehme Nachrichten anderer Zeitungen überhöhen sollen, ferner die Methode des einfachen Totschweigens bald einer ganzen Nachricht, bald irgend einer zum Verständnis einer Nachricht wichtigen Tatsache, schließlich die Stimmungsmache, sei es durch irreführende und verheerende Überschriften, sei es durch ganze Artikel, und als letzte Methode die Wiedergabe von Bildern, die eigens für den nationalsozialistischen Leser zurechtgestutzt sind. Die nationalsozialistische Presse eine Zeitlang mit kritischem Verstand zu lesen, müsse jeden zu einem Feind der Partei machen, die so ihre Propaganda betreibt. Die Ausführungen fanden am Schluss bei einem Teil der Zuhörer lebhaften Beifall, beim andern ebenso heftige Ablehnung. Da das Für und Wider in Tatsächlichkeiten auszuarten drohte, so mußte die zugesagte Diskussion, zu der sich Gegner und Anhänger gemeldet hatten, unterbleiben. — Bei der Behandlung der zwei nächsten Themen „Der Weg in die Krise und der Weg aus der Krise“ und „Die Massenfrage“ wird eigentliche Parteiloyalität ganz ausgeschaltet bleiben und daher eine sachliche Aussprache im Sinne der Veranstalter eher ermöglicht sein.

**Sonntagsrückfahrkarten über Allerheiligen**

Um den Besuch auswärtiger Grabstätten über Allerheiligen zu ermöglichen, werden auch auf größere Entfernungen zu ermöglichen, wird die Geltungsdauer der Sonntagsrückfahrkarten für den letzten Oktobersonntag in diesem Jahr ausgedehnt. Die Sonntagsrückfahrkarten gelten: zur Hin- und Rückfahrt vom Samstag, 29. Oktober 12 Uhr bis Dienstag, 1. November, zur Rückfahrt vom Samstag, 29. Oktober bis Mittwoch, 2. November 12 Uhr. Die Rückfahrt muß am Mittwoch, 2. November auf dem Zielbahnhof der Fahrkarte spätestens um 12 Uhr, von Unterwegsbahnhöfen mit einem Zug angetreten oder fortgesetzt werden, der den Zielbahnhof der Fahrkarte spätestens um 12 Uhr verläßt.

SEB. Kornwestheim, 16. Okt. Laut Erlass der Ministerialabteilung für Bezirks- und Körperchaftsverwaltung vom 14. Oktober konnte die am 12. Juni d. J. erfolgte dritte Wahl von Dr. Steinle nicht bestätigt werden. Die Gründe, die für die früheren Entscheidungen maßgebend waren, konnten durch die neueren Vorbringungen und Erhebungen nicht so weit abgeschwächt werden, daß jetzt eine andere Entscheidung getroffen werden konnte. Sie bestehen vielmehr im wesentlichen weiter und gestatten es der Ministerialabteilung auch heute nicht, die Verantwortung für die Bestätigung des Dr. Steinle als Ortsvorsteher der Stadtgemeinde Kornwestheim zu übernehmen.

SEB. Troßingen, 16. Okt. Beim freiwilligen Arbeitsdienst für die Sauriergrabungen an der oberen Mühle ereignete sich ein furchtbares Unglück. Während der Arbeit löste sich ein verhältnismäßig unbedeutendes Stück Erde, auf etwa 4 Meter Länge und 2 Meter Höhe und etwa 50 Zentimeter Dicke spitz zulaufend und begrub 2 davor stehende Arbeitsdienstwillige bis zur Brusthöhe. Trotz sofortiger Bemühungen, die Verschütteten aus ihrer traurigen Lage zu befreien, war einer, Christian Helble von Oberheim, M. Spachingen, so schwer verletzt, daß er kurz darauf starb. Der andere Arbeitsdienstwillige, Alois Gehring, ebenfalls von Oberheim, erlitt Quetschungen.

SEB. Friedrichshafen, 16. Okt. Von einem schweren Unglück wurde die Familie des Kaufmanns Fritz Lais in St. Georgen betroffen. Nach dem Genuß von Pilzen, die Lais mit dem bei der Familie wohnhaften Zimmerherrn, dem Hilfsarbeiter Johann Seubert, im Langenargener Wald gesammelt hatte, erkrankten letzterer, sowie die ganze Familie Lais, Kaufmann Lais, seine 27 Jahre alte Ehefrau Hilba Lais und der 9 Jahre alte Neffe August Sulzberger. Bei der ärztlichen Untersuchung wurde eine schwere Vergiftung durch den Knollenblätterchwamm festgestellt, der dem eßbaren Champignon gleicht. Leider erlagen Frau Lais sowie der Knabe trotz der ärztlicherseits sofort angewandten Gegenmittel den Folgen der Vergiftung.

**Turnen und Sport**

**Fußball-Ergebnisse vom Sonntag**

**Bezirksliga Gruppe Württemberg:**  
Normannia Gmünd — Stuttgarter Kickers 0:3.  
SpV. Feuerbach — Stuttgarter Sportklub 2:1.  
VfB. Stuttgart — Germania Bröhlungen 5:0.  
Sportfreunde Eßlingen — Union Bödingen 2:5.  
FC. Birrenfeld — FC. Pforzheim 0:2.

**Bezirksliga Gruppe Baden:**  
Schramberg — FC. Mühlburg 1:1.  
Karlsruher FV. — FV. Raftatt 2:0.  
Sportklub Freiburg — Frankonia Karlsruhe 3:2.  
FV. Offenburg — Phönix Karlsruhe 1:1.  
VfB. Karlsruhe — FC. Freiburg 4:1.

**Turner-Handball**

TV. Calw 1 — TV. Rohrdorf 1:2.  
TV. Calw Jug. — TV. Rohrdorf Jug. 6:2.

**Geld-, Volks- und Landwirtschaft**

**2. E. Stuttgarter Obst- und Gemüsemarkt vom 15. Okt.**

Obst: Tafeläpfel 15—20; Schüttel-, Gall- und Mostäpfel 6—10; Tafelbirnen 10—25; Pfirsiche 20—35; Quitten 10—13; Walnüsse 25—30; Zwetschgen 13—18; Gemüse: Stangenbohnen 28—35; Kopfsalat 5—10; Endivienalat 5—8; Wirting (Rohkraut) 4—5; Silberkraut 2,50—3; Weißkraut, rund 2,50 bis 3; Rotkraut 4—5; Blumentohl 10—50; Rosenkohl 12—20; rote Rüben 5—6; gelbe Rüben 4—5; Karotten, runde 7 bis 12; Zwiebeln 5—7; Gurken, große 20—35; Rettiche 4—6; Monatsrettiche 5—6; Sellerie 6—20; Tomaten 18—23; Spinat 12—15; Kopfkohlraben 3—4.

**Calwer Wochenmarktbericht.**

Am Samstag, den 15. Oktober, wurden auf dem Calwer Wochenmarkt folgende Preise bezahlt: Kartoffeln, Br. 3,50, Blaukraut, Pfund 10 Pfg., Wirting 10, Rosenkohl 15—25, Spinat 15, Mangold 10, Tomaten 12, Gurken 10—20, gelbe Rüben 10, rote Rüben 10, Zwiebeln 10, Endivien 6—10, Rettiche 5—10, Bund 10, Sellerie 10—15, Hegenmark 40, Quitten 25, Nüsse 40, Äpfel 12—15, Birnen 10—15, Trauben 35, Mostereibutter 1,60, Landbutter 1,30, Eier 8, frische 10 Pfg.

Die Zufuhr am Kirchweihsonntag war nicht stark. Die Vorbereitungen zum Kirchweihsonntag, dem das Baden von vielen Kuchen vorangeht, hielten die Landente vielfach vom Besuche ab. Der Markt zeigt noch kein gewohntes Herbstbild. Eier und Butter treten aber zurück, da diese Erzeugnisse zur Kirchweih auf dem Lande selbst gebraucht werden. Auf dem Obstmarkt waren schöne Rosenäpfel, Transparent und Ästliche von Charnen wie auch Kongreßbirnen aufgestellt. Tafelbirnen sind nach wie vor gesucht, Äpfel treten nun aber in den Vordergrund. Mit der Ernte des Tafelobstes wird in dieser Woche der Anfang gemacht. Das Interesse wendet sich jetzt dem Kellerobst zu. Pflicht der Marktanlieferer ist es nun, wirklich baumreife Ware anzubieten. Den Verkäufern und Hausfrauen wäre noch immer mehr Sortenkenntnis zu wünschen. Eine Frau bot am Samstag Präsident Drouard an und versicherte hiebei, in einigen Tagen seien die grünen Birnen ebreif, während dies erst nach Weihnachten der Fall sein wird. An Zwetschgen war nicht mehr viel zu haben; die angebotene Ware wurde zu 15 Pfennig das Pfund schlank aufgenommen, da sie noch zu Knuden begehrt war. Auf dem Mostobstmarkt ist gar nichts zu haben, da die Händler sämtliches Mostobst in den Dörfern aufkaufen. Es scheint mit dem Tafelobst ähnlich zu gehen, Händler kaufen auf, was sie haben können. Neue Nüsse werden in dunkler Ware zu 40 Pfennig das Pfund abgegeben. Die Nüsernte hat erst ihren Anfang genommen. Das Angebot an Kartoffeln läßt nach, da die Verbraucher sich eingebet haben. Mit Vorliebe werden in diesem Jahr Baldkartoffeln gekauft; diese sind billiger als die bekannten Gäufkartoffeln und von außerordentlicher Güte. Gemüse war bei den Gärtnern jedes Quantum in frischer Ware zu haben. Der Absatz ließ zu wünschen übrig.

Die örtlichen Kleinhandelspreise dürfen selbstverständlich nicht an den Börsen- und Großhandelspreisen gemessen werden, da für jene noch die log. wirtschaftlichen Vertriebskosten in Zuschlag kommen. Die Schriftlitz.

**Amtl. Bekanntmachungen**

**Der Halbjahrsausweis**

über die Einnahmen und Ausgaben der Amtskörperschaft Calw in dem Halbjahr 1. April bis 30. September 1932 ist von heute ab zwei Wochen lang zur Einsicht in der Oberamtsstelle aufgelegt.  
Calw, den 15. Oktober 1932.  
Oberamt: Rippmann.

**Ehrenzeichen für Hausgehilfinnen**

Bewerbungen wollen bis 15. November ds. Js. durch die Ortsbehörde eingereicht werden (vgl. das Ausschreiben im Staatsanzeiger Nr. 238).  
Calw, den 14. Oktober 1932  
Bezirkswahlmännigkeitsverein: Landrat Rippmann.

**Grund- und Gefälligkeitsveranlagung für 1932/33.**

Auf die am Rathaus angeschlagene Bekanntmachung über die Einspruchsfrist gegen die Grund- und Gefälligkeitsveranlagung für das Jahr 1932/33 wird hingewiesen.  
Calw, den 15. Oktober 1932.  
Bürgermeisteramt: Göhner.

**Bettbarchent in verschiedenen Farben**

**Bettfedern** grau und weiß  
**einzelne Bettstücke**  
**ganze Betten** unter gewissenhafter Anfertigung  
**Paul Rüdtele G. m. b. H. am Markt Calw**

**Achtung.**

Für einen Bauenden ist Gelegenheit geboten,  
**Baumaterialien vom Füllhaus Bad Teinach zu kaufen, und zwar:**  
Backsteine, Schwemmsteine, alle Dachplatten, glasierte Falzziegel, Bauholz, Bretter, Rinnen, Abfallrohre, Fenster, Türen, Zimmerböden usw.  
Zu erfragen  
Abbruchstelle Füllhaus Bad Teinach.

Heute abend 7,9 Uhr im Restaurant Weiß Dritter jungdemokratischer Werbeabend „Der Weg in die Krise u. der Weg aus der Krise“

**Zwangsversteigerung.**  
Es werden öffentlich meistbietend gegen bar versteigert **Dienstag, 18. 10., 9 Uhr in Speßhardt:** ca. 80 Str. Birnen. Zusammenkunft b. Lamm.  
**Gerichtsvollzieherstelle.**

Schönes **Wohnzimmer** mit Küche vermietet **Fritz Moroz, Leberstr. 48**  
**Brennneffeln- und Birkenhaarwasser** für Haare und Haarböden Flasche Mk. 1.35 bei **K. Otto Vinçon, Calw**

**Sie schädigen sich selbst,** wenn Sie eine Zeitung halten, die nicht in der Lage ist, Sie mit den Wirtschaftsfragen auf dem Laufenden zu halten, die für Sie und Ihre Wirtschaft in Betracht kommen.

**Vor Schaden bewahren Sie sich,** wenn Sie eine Zeitung lesen, die ein genaues Spiegelbild d. gesamten Wirtschaftslebens des Bezirks gibt. Darum bestellen Sie das **Calwer Tagblatt**, das Sie über alle Vorkommnisse im Bezirk unterrichtet.

Sonntag, den 13. November, nachmittags 4 Uhr, im Badischen Hof

**BELSAZAR**

Oratorium von G. F. Händel

**Wachstuche**

neue Muster. Billige Preise bei **Karl Stüber, Biergasse**

Ach hätte ich doch...

Damit kommen Sie nicht weiter. Vertrauen Sie der hohen Werbekraft der Zeitungsanzeige. Konzentrieren Sie Ihre Werbegelder auf die Anzeigenwerbung. Sparen Sie, wo Sie können, aber sparen Sie im eigenen Interesse nicht mit Anzeigen im

„Calwer Tagblatt“

**Darmträgheit und Verstopfung**

Nehmen Sie doch Sani Drops!

„Die herrliche Wirkung der Sani Drops kenne ich schon seit 3 Jahren.“ Oberin S. Sani Drops: Kurpackung. Mk. 2.50, Notpckg. Mk. 1.50 Zu haben in den Apotheken zu Calw, Teinach & Liebenzell

**Dr. Mezger**

nimmt am Dienstag, den 18. 10. 1932 seine Praxis wieder auf.

**Kostenlose Filmvorführung**

Am Donnerstag, den 20. Okt., 20 Uhr findet

Im Hotel Waldhorn ein Vortrag über

„Alles und Neues vom Rundfunk“ statt. Hierbei werden

interessante Schmal-Filme, welche die neueste Errungenschaft der Filmtechnik sind, vorgeführt.

Wir laden Rundfunk-Interessenten und Foto-Amateure freundlichst ein.

**Siemens & Halske, Aktiengesellschaft Technisches Büro Stuttgart**

**Mostobst**

hat zu verkaufen **Gutsverwaltung Georgenau bei Mühlhingen.**

**Schreibbräulein**

sucht Stelle auch als Aushilfe. Angebote unter E. R. 242 an die Geschäftsst. ds. Bl.